

62,4 Yuan als Einkommen aus von Dörfern oder Kleinstädten geführten Unternehmen im Jahre 1984 gegenüber nur 18,2 Yuan im Jahre 1980. Drei Viertel der Extra-Pro-Kopf-Einkommen, die zwischen 1980 und 1984 verdient wurden, waren das direkte Ergebnis von landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsaktivitäten basierend auf Haushalten. Der Rest stammte aus den höheren staatlichen Ankaufspreisen für landwirtschaftliche Produkte. (XNA, 12.11.85) -lou-

TAIWAN

*
*
* * * * *

*(33)
**Im diplomatischen Ring gegen
Beijing weitere Punkte in
Lateinamerika verloren**

Am 7. Nov. hat die Regierung in Taipei den stellvertretenden Außenminister Shao Xuekun zum neuen Botschafter in Costa Rica und den Sprecher des Außenministeriums, Wang Zhaoyuan (Henry Wang), zum Außenminister in Uruguay ernannt (LHB, 8.11.85). Lateinamerika ist der letzte außenpolitisch wichtige Stützpunkt Taiwans. Insgesamt unterhält die Insel zur Zeit noch diplomatische Beziehungen zu 24 Staaten in der ganzen Welt, von denen 14 in Mittel- und Südamerika liegen (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Christopher/Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen). Am 11. Juli dieses Jahres brach Taiwan die diplomatischen Beziehungen zu Bolivien ab, nachdem La Paz Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen untrennbaren Bestandteil der VR China anerkannt hatte (s. C.a. Juli 1985, S.428, Ü 52). Damit ist das bis dahin gestaltete Gleichgewicht - jedenfalls von den Zahlen her gesehen - zwischen Beijing und Taipei mit jeweils 15 diplomatischen Vertretungen in Lateinamerika gebrochen. Am 1. Okt. konnte Beijing durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Grenada seine Punktüberlegenheit im diplomatischen Ring gegen Taiwan auf diesem Erdteil zu einer Relation von 17:14 ausbauen.

Ferner soll auch Nicaragua laut Meldung der New York Times vom 17. November (nach DGB, 20.11.85) planen, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zugunsten Beijings abzubrechen. Am 24. Okt. hat der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang am Rande der UNO-Vollversammlung mit dem Staatspräsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega Saavedra, Gespräche in New York geführt (XNA, 26.10.85, S.39). Nach der Teilnahme an den Feier-

lichkeiten zum 40. Jahrestag der Weltorganisation besuchte Zhao vom 28. Okt. bis 12. Nov. Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela. In einem Leitartikel der LHB vom 30. Okt. wurde befürchtet, daß Zhao's Besuch in den vier lateinamerikanischen Ländern indirekten Einfluß auf die Chinapolitik der Nachbarländer ausüben könnte, vor allem in Uruguay und Paraguay, wo seit einiger Zeit bereits daran gedacht wird, die VR China anzuerkennen.

Taiwans Befürchtung eines diplomatischen Debakels in Lateinamerika zeigte sich daran, daß Vizepräsident Li Denghui im Februar und September dieses Jahres zweimal dieser Region einen Besuch abstattete (C.a. Sept. 1985, S.605, Ü 44).

Kurz vor seiner Abreise nach Uruguay drückte der neue Botschafter Wang Zhaoyuan zwar seine Zuversicht in Taiwans Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Staat aus, doch werde er seine Mission zur Unterhaltung der Beziehungen beider Seiten so vorsichtig ausführen, "als ob man auf einer dünnen Eiskecke ginge" (LHB, 14.11.8). -ni-

*(34)

Rückgang im Handel mit EG-Staaten

Nach Angaben der taiwanesischen Euro-Asia-Trade Organization, die sich auf Zollstatistiken Taiwans stützen, lag der Handel der Insel mit den EG-Ländern in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit 3,82 Mrd. US\$ um 0,9% unter dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraumes, allerdings war im Handel mit den übrigen europäischen Staaten in demselben Zeitraum ein Zuwachs von 0,7% zu verzeichnen. Während Taiwans Exporte in die EG um 3,9% auf 2,17 Mrd. US\$ sanken, stiegen die Importe aus der EG um 3,4% auf 1,64 Mrd. US\$, die Bilanz wies also immer noch einen Überschuß von 530 Mio. US\$ zugunsten Taiwans auf.

Im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Handelspartner Taiwans in Europa, nahmen Taiwans Ausfuhren im genannten Zeitraum mit 646,3 Mio. US\$ um 8,8% und die Einfuhren mit 686,4 Mio. US\$ um 0,1% ab. Nach Statistiken des Ostasiatischen Vereins in Hamburg ergab sich im ersten Halbjahr d.J. beim bundesdeutschen Import aus Taiwan mit 1.541 Mio. DM noch eine Zunahme von 9,7% und beim Export nach Taiwan mit 1 Mrd. DM sogar ein Zuwachs von 21,1%.

Zieht man Gesamteuropa in Betracht, hat Taiwan in den ersten zehn Monaten d.J. im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1984 mit

2,02 Mrd. US\$ 2,5% mehr importiert und mit 2,44 Mrd. US\$ 3,2% weniger exportiert (Central News Agency, 4.10. u. 20.11.85). -ni-

*(35)

Doppelzüngige Politik im Handel mit dem chinesischen Festland

Auf eine kleine Anfrage im Gesetzgebungs Yuan wiederholte die Taipei Regierung in schriftlicher Form ihren doppelzüngigen Standpunkt zum chinesisch-chinesischen Handel zwischen den beiden Ufern der Taiwan-Straße, d.h. einerseits die Ablehnung jeglicher Handelsbeziehungen mit dem chinesischen Festland und andererseits die Duldung des Warenaustausches über Drittländer. Dabei gab sie drei Grundprinzipien bekannt:

- Kein Direkthandel mit den chinesischen Kommunisten.
- Direktkontakte mit Geschäftsleuten vom chinesischen Festland sind auch im Ausland nicht gestattet.
- Wenn Waren aus Taiwan in ein Drittland ausgeführt werden und keine Informationen über ihren Wiederverkauf vorliegen, will die Regierung nicht eingreifen.

Ferner besteht noch das generelle Importverbot für Baumwolle, Kohle und Eisenerz, landwirtschaftliche Rohstoffe sowie traditionelle chinesische Medikamente (mit Ausnahme derjenigen, die man nicht ersetzen kann) aus dem chinesischen Festland (ZYRB und Central News Agency, 22.11.85).

Vor zwei Jahren wurden zwei Geschäftsleute in Taiwan wegen indirekten Handels mit dem chinesischen Festland bestraft (LHB, 11.2.83). Am 1. Oktober dieses Jahres wurden wieder vier Geschäftsleute unter dem Verdacht von Handelskontakten mit dem chinesischen Festland vor dem Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan angeklagt. In der Anklageschrift wurde ihnen vom militärischen Staatsanwalt der "Versuch zum Umsturz der Regierung mit illegalen Mitteln" bzw. "Güterlieferung an die Rebellen" vorgeworfen (ZYRB, 2.10.85).

Dennoch hat der Warenaustausch zwischen den beiden chinesischen Seiten über Drittländer in der letzten Zeit schwunghaft zugenommen. Er verzeichnete im vorigen Jahr laut offiziellen Angaben Taiwans mit einem Volumen von 560 Mio. US\$ eine Zuwachsrate von 125% gegenüber 1983. Während Taiwan Waren im Wert von 430 Mio. US\$ über Hongkong, Singapur und Japan ans chinesische Festland lieferte, erhielt es über die gleichen Wege Waren im Wert von rund 130 Mio. US\$ (+ 40%) von drüben. Im ersten Halbjahr dieses Jahres ist der

chinesisch-chinesische indirekte Handel gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres nochmals um 155% auf rund 1 Mrd.US\$ gestiegen (vgl. LHB, 11.4. und 4.7.85; CP, 6.9.85; bei dem in CP angegebenen Wert von 1 Mrd.NT\$ handelt es sich wohl um einen Irrtum, da 40 NT\$=1 US\$) sind.

Nach statistischen Angaben des Außenhandelsamtes in Taipei hatte Taiwan bei seinen Ausfuhren nach Hongkong in den ersten drei Quartalen 1985 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Zuwachsrate von 929,8% bei Farbfernsehern, 486,2% bei Elektrozählern, 200,1% bei Motorrädern und Mofas, 346% bei Fotoapparaten. Gleichzeitig sind die Ausfuhren von Motorrädern und Mofas nach Singapur ebenfalls um 927,8% gestiegen. Da Hongkong und Singapur selbst diese Waren herstellen und exportieren, wurde vermutet, daß die von ihnen eingeführten Produkte aus Taiwan zur Lieferung an das chinesische Festland bestimmt waren (LHB, 19.11.85).

Der steile Anstieg der indirekten Ausfuhren Taiwans nach dem chinesischen Festland ist darauf zurückzuführen, daß Beijing den Waren aus Taiwan einen begünstigten Zolltarif gewährt. Die Regierung in Beijing, für die Taiwan eine Provinz der VR China ist, belegt die taiwanesischen Produkte zur Zeit mit 45% Importzoll (1979-1981 sogar vom Zoll befreit), während die Zolltarife für andere ausländische Güter bei 50-150% liegen. Angeblich werben zahlreiche Geschäftsleute anderer asiatischer Staaten um das Brandzeichen "Made in Taiwan" für ihre Waren, um somit den niedrigeren Zollsatz in China beanspruchen zu können. Auch Geschäftsleute aus Taiwan kaufen in anderen Staaten billige Ware ein und liefern sie mit gefälschtem Etikett an das chinesische Festland (DGB, 21.8.85).

Aus politischer Überlegung verbietet Taiwan einerseits nach wie vor jeglichen direkten Kontakt mit den chinesischen Kommunisten, doch sieht die Regierung andererseits aus wirtschaftlichem Interesse die Expansion der indirekten Ausfuhren nach drüben mit Genugtuung. Besonders seit dem 4.Quartal 1984 ist dieser blühende Exportzweig zu einer Vitalsspritze für den sich in einer Rezession befindenden Gesamtußenhandel Taiwans geworden. Um uneinkalkulierbare politische Risiken für Exporteure auszuschalten, wurde in letzter Zeit eine klare Politik zum indirekten chinesisch-chinesischen Handel von der Regierung verlangt. Gewünscht wird auch eine Importliberalisierung für Produkte aus dem chinesischen Festland, weil von dort

nicht nur Hongkong und Singapur, sondern jetzt auch Südkorea Rohstoffe, vor allem Baumwolle, zu günstigen Preisen beziehen können und dies Taiwan bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt viel zu schaffen macht. Im letzten Jahr wurde bereits das Importverbot für Waren aus dem chinesischen Festland teilweise gelockert, und es dürfen auch einige Sorten chinesischer Medikamente und Lebensmittel, die Taiwan selbst nicht produziert und auch nicht von anderswo beziehen kann, über Hongkong oder ein anderes Drittland eingeführt werden. -ni-

*(36)

Steuerreform

Am 5.November hat das Gesetzgebungsorgan (Parlament) eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die eine Ablösung der bislang geltenden Umsatzsteuer durch Mehrwertsteuer vorsieht. Allerdings ist das neue Gesetz noch nicht in Kraft getreten; es wird der Regierung überlassen, einen passenden Termin für die Inkraftsetzung der großen Steuerreform festzulegen (vermutlich im März 1986). Bereits im Jahr 1967 wurde in der Steuerreform-Kommission über eine Vereinfachung des Gewerbesteuer-Systems durch Abschaffung der Umsatz-, Stempel- sowie Gütersteuer und stattdessen Einführung der Mehrwertsteuer diskutiert. 1977 verfaßte das Finanzministerium den ersten Entwurf und gründete ein Vorbereitungs-Komitee. Aber erst am 1.November des vorigen Jahres wurde vom Exekutivorgan (Kabinett) dem Parlament ein endgültiger Entwurf vorgelegt. Bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes hat es also fast zwanzig Jahre gedauert.

Die Verzögerung der Steuerreform ist vor allem auf die Überlegung zurückzuführen, daß die Mehrwertsteuer, die ja die Endverbraucher tragen müssen, die Preise beeinflussen könnte. Die derzeitige Preisstabilität war wohl der Anlaß für die Regierung, diese Befürchtungen des neuen Gewerbesteuergesetzes zahlen die allgemeinen Gewerbe 5-10% des Mehrwerts zwischen den Ein- und Verkaufspreisen als Steuer an den Staat, und zwar anfangs mit dem niedrigen Satz von 5%. Die Geld- bzw. Versicherungsinstitute brauchen prinzipiell nur 5% Mehrwertsteuer zu zahlen, und für die Rückversicherungen gibt es den noch günstigeren Steuersatz von 1%. Die kleinen Gewerbe werden nach wie vor mit einer Umsatzsteuer von 1% veranlagt. Eine höhere Mehrwertsteuer müssen Vergnügungsgeschäfte wie Nachtlokale mit Vorführungen (15%), Restaurants, Teestuben, Cafes und Bars mit Mädchen (25%) an den Fiskus abführen (LHB,

1. und 6.11.85).

Äußerlich vermindern sich die Steuerquellen des Staates nach Einführung der Mehrwertsteuer, doch können die Finanzbehörden kraft des Abschreibungssystems von Mehrsteuern die Firmeneinnahmen effektiver feststellen. Neben der Gewerbesteuer müssen Firmen und deren Besitzer noch Einkommensteuer (Körperschaftssteuer und allgemeine Einkommensteuer) leisten, die, so hofft man, ebenfalls durch die Einführung von Mehrwertsteuern besser unter Kontrolle zu bringen sein werden - die Hinterziehung von Einkommensteuern wird in Taiwan auf eine Summe geschätzt, die 3/5 des BSP entspricht! Unternehmer klagen allgemein über die Steuerüberbelastung, vor allen Dingen über die eben genannte doppelte Einkommensteuer mit dem gestaffelten Spitzensatz von über 70%. Ohne Steuervergehen, so sagt man, müßten viele Firmen um ihre Existenz bangen (Shibao Zazhi, Taipei, 13.11.85). Trotz energischer Forderungen der Wirtschaft wurde eine Zusammenlegung der sich überlappenden Einkommensteuern von der Regierung nicht akzeptiert. Allerdings will sie im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung von Mehrwertsteuern durch eine Novellierung der Einkommensteuersätze für 1986 die Spitzenverdiener mit einem kleinen Bonus trösten; dies bedeutet eine Herabsetzung des höchsten allgemeinen Einkommensteuersatzes von 60% auf 50% und des höchsten Gewerbeeinkommensteuersatzes von 30% auf 25%. Gleichzeitig sollen die allgemeinen Einkommenstufen von 15 auf 13 reduziert werden. Durch die Anhebung der Untergrenze für die Veranlagung allgemeiner Einkommensteuer von 75.000 NT\$ auf 80.000 NT\$ (40 NT\$=1 US\$) im Nettobetrag muß die untere Gruppe des Mittelstandes einen Teil der Zeche zahlen (vgl. ZYRB, 22.11.85). -ni-

HONGKONG

*
*
* * * * *

*(37)

Beijing warnt Hongkong vor drastischen politischen Reformen

In letzter Zeit zeigte sich Beijing sehr beunruhigt über die in Hongkong eingeleiteten politischen Reformen. Anlaß waren die Teilwahlen vom 27.September zum Legislativrat der britischen Kolonie (s.dazu C.a. Sept.1985, S.606, Ü 48). Nach einem im letzten Jahr herausgegebenen "WeiBbuch" plante die Hongkonger Regierung, 1985-1987 die Zahl der "offiziellen" Mitglieder des Legislativrats zu reduzieren und gleichzeitig einen großen Teil der "inoffiziellen"